

3 Gespannter Blick auf Corona-Massentests
Gesundheitsminister Pedrazzini noch zurückhaltend mit Analyse.

7 «Der Klimawandel sitzt uns im Nacken»
Elias Kindle, neuer Geschäftsführer der LGU, im Interview.

17 Winterliches Heimspiel für Vaduz
Offene Rechnung mit Servette
Mit viel Engagement gegen spielstarke Genfer

ANZEIGE
TOPJOB.li

Volksblatt

MIT KUNDMACHUNGEN

Mittwoch, 9. Dezember 2020
143. Jahrgang Nr. 235

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Heute

Coronavirus Kanton St. Gallen gibt Entscheidung bekannt

Die Regierung des Kantons St. Gallen wird heute um 14 Uhr an einer Medienkonferenz die aktuelle COVID-19-Lage einschätzen und das weitere Vorgehen in der Coronapandemie erläutern.

Inland Liechtensteins Bevölkerung wuchs mit Juni 2020 auf 38 896 Personen an und rückte damit einen weiteren Schritt in Richtung der 39 000er-Marke. **Seite 2**

Inland Der Kampf um den Erhalt des Landgasthofs Mühle geht in die nächste Runde. Nun liegt der Fall bei der Regierung. **Seite 9**

Ausland Im Gezerre um einen Brexit-Handelspakt bemühen sich Grossbritannien und die EU trotz massiven Zeitdrucks um vorsichtigen Optimismus. «Ich bin immer hoffnungsvoll», sagte der britische Premierminister Boris Johnson. **Seite 12**

Sport Liechtensteins Skispringerin Alina Büchel zog sich bei einem Trainingssturz in Seefeld nach der ersten Diagnose eine schmerzhafte Hüftluxation zu. **Seite 17**

Panorama Die Pandemie prägt nicht nur den Alltag der Bevölkerung, sondern schlägt sich auch in der Sprache nieder: Sämtliche Top 3-Wörter des Jahres 2020 der Deutschschweiz hängen in der einen oder anderen Weise mit dem Virus zusammen. **Seite 24**

Zitat des Tages

«Der Begriff «Heimatkunde» tönt halt schon verstaubt.»

MATTHIAS OSPELT
WARUM ES SICH TROTZDEM LOHNT, IN DER RUND 800 SEITEN STARKEN VADUZER HEIMATBUCH-REIHE ZU STÖBERN, HAT DER AUTOR UND VORSTANDSMITGLIED DES VEREINS FÜR VADUZER HEIMATKUNDE IM GESPRÄCH MIT DEM «VOLKSBLATT» DEUTLICH GEMACHT. **SEITE 21**

Wetter Heute erwartet uns ein trüber Wintertag mit Neuschnee. **Seite 22** 0° 1°

Inhalt	Seiten	Kultur	21
Inland	2-9	Kino/Wetter	22
Ausland	12	TV	23
Wirtschaft	13-16	Panorama	24
Sport	17-20		

Fr. 2.50 **www.volksblatt.li**
Verband Südostschweiz



Schweiz plant Coronaverschärfung

COVID-19 Der Bundesrat will Freizeitaktivitäten weiter einschränken und am Freitag schweizweite Verschärfungen der Coronamassnahmen zur Eindämmung der Pandemie beschliessen. Liechtensteins Regierung beobachtet den Prozess aufmerksam.

VON HANNES MATT

Die Schweiz reagiert auf steigende COVID-19-Zahlen: Nachdem mehrere Kantone diese Woche ihre Coronaregeln angesichts der bevorstehenden Feiertage verschärften haben, gab der Bundesrat gestern Abend bekannt, dass er das Heft wieder in die eigene Hand nehmen und am Freitag eine schweizweite Verschärfung der Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie beschliessen wolle. Die erarbeiteten

Vorschläge werden zuerst noch den Kantonen zur Konsultation vorgelegt. So schlägt der Bundesrat in einer ersten Stufe vor, dass ab Samstag bis zum 20. Januar schweizweit Gastrobetriebe, Einkaufsläden und Märkte, Freizeitbetriebe und Sportaktivitäten um 19 Uhr schliessen und sonntags ganz geschlossen bleiben. Für private Treffen soll eine maximale Zahl von fünf Personen aus zwei Haushalten gelten. Ausgenommen wären Feiern bis zehn Personen vom 24. bis zum 26. Dezem-

ber. Auch ist angedacht, sämtliche öffentlichen Veranstaltungen zu verbieten - ausser religiöse Feiern und Versammlungen von Legislativen. Sämtliche Aktivitäten im Kulturbereich in der Schweiz sollen ebenfalls verboten werden.

Lockdown nicht ausgeschlossen

Wenn sich die Lage in der nächsten Woche indes weiter verschlechtert, will der Bundesrat in einem zweiten Schritt am 18. Dezember zudem über einen weiteren Lockdown ent-

scheiden, die vollständige Schliessung von Gastrobetrieben und Läden inbegriffen.

Die Liechtensteiner Regierung, die sich bei ihren Massnahmen bekanntlicherweise eng an die Schweiz anlehnt, um ein Regelungsgefälle zu vermeiden, beobachtet aufmerksam, wie die Kantone auf die Vorschläge des Bundesrats reagieren, kommentiert Regierungsrat Mauro Pedrazzini die Entwicklungen auf «Volksblatt»-Anfrage: «Dann werden wir die Resultate analysieren.» **Seite 12**



WM-Qualifikation Kracher gegen Deutschland

Der neue Nationaltrainer Martin Stockkasa zeigte sich nach der Gruppenauslosung zur Qualifikation für die Weltmeisterschaft 2022 in Katar «zufrieden». Mit Deutschland wartet auf das FL-Nationalteam dabei ein absoluter Hochkaräter. In den bisherigen vier Vergleichen gab es gegen den viermaligen Weltmeister nichts zu holen. So auch beim 0:6 2008 im Rheinparkstadion (Foto). Neben Deutschland sind Island, Rumänien, Nordmazedonien und Armenien die weiteren Gegner Liechtensteins in der Gruppe J. (Foto: RM) **Seite 19**

Gleich lange Spiesse gemeinsam gegen Bürokratie bei den grenzüberschreitenden Dienstleistungen

VADUZ In die Frage der grenzüberschreitenden Dienstleistungen könnte in Bewegung kommen. Denn auf beiden Seiten des Rheins gibt es neue Bestrebungen, die Frage der gleich langen Spiesse erneut anzugehen. Gefragt sind kurze Spiesse. «Unsere gemeinsame Wirtschaftsregion wird durch die formellen Hürden ausgebremst», macht der St. Galler Kantonsrat Christian Lippuner gegenüber dem «Volksblatt» deutlich. Der Hintergrund: Im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr wenden sowohl Liechtenstein wie die Schweiz seit einigen Jahren EU-Regelungen an, die unter anderem darauf abzielen, dass für die einheimische Wirtschaft keine Wettbewerbsnachteile entstehen. «Das mag zwischen Staaten mit stark unterschiedlichen Lohnniveaus und Arbeitsmarkte-

geln Sinn machen», verdeutlicht Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li. Im Verhältnis zwischen Liechtenstein und der Schweiz und speziell in der Rheintalregion sei die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen allerdings sehr gering. Hierzulande ist es der Landtagsabgeordnete Christoph Wenaweser, der den Anstoss gegeben hat, sich dem Anliegen des Gewerbes noch einmal intensiv zu widmen - und zwar auf beiden Seiten des Rheins.

Politischen Willen nach Bern tragen

«In einem Wirtschaftsraum mit offenen Grenzen darf es nicht dauerhaft zu bürokratischen Barrikaden kommen. Die

Wirtschaftsverbände und die Politik müssen an beiden Rheinufnern am gleichen Strick in die gleiche Richtung ziehen, und ich glaube fest, dass das auch so kommt», so Wenaweser. Einen möglichen Ausweg hatte die Stiftung Zukunft.li bereits vor einiger Zeit aufgezeigt. Allerdings ist dafür politischer Willen nötig. Ein koordiniertes Vorgehen das Anliegen in Bern zu deponieren erhöhe die Chance auf eine Verkürzung der administrativen Hürden. «Ob es gelingt, wird sich weisen - einen Versuch ist es auf jeden Fall wert», meint Christian Lippuner. Ein erster Impuls zur Anpassung des bilateralen Vertrags müsse aber vom Land Liechtenstein ausgehen. (hf) **Seite 5**



Der Abgeordnete Christoph Wenaweser. (Foto: MZ)

Ski alpin

Pfiffner und Gauer mit Topresultaten

ZINAL Das LSV-Duo überzeugte beim Europacup in Zinal. Marco Pfiffner wurde in der Kombination 10., Nico Gauer beim Super-G 11. **Seite 20**

ANZEIGE
SUBWAY
weder offa !!!
Wir freuen uns auf deinen Besuch
Montag-Samstag 10.00 - 21.00
Sonn-/Feiertage 11.30 - 20.00

Schwerpunkt Grenzüberschreitende Dienstleistungen

Neuer Anlauf auf beiden Seiten des Rheins für gleich lange Spiesse - Aber möglichst kurze

Bewegung Es herrscht Gesprächsbedarf. Sowohl diesseits wie jenseits des Rheins besteht Unzufriedenheit im Hinblick auf die grenzüberschreitenden Dienstleistungen. Nun spannen beide Seiten zusammen und wollen das Anliegen erneut angehen. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung sind dabei gross.

VON HOLGER FRANKE

Die Ergebnisse einer nicht repräsentativen Umfrage der Stiftung Zukunft.li bei liechtensteinischen Gewerbetreibenden lassen aufhorchen: Demnach gaben von rund 100 befragten Unternehmen mehr als 30 Prozent an, dass sie mittlerweile aufgrund der administrativen Hürden gelegentlich auf Aufträge aus der Schweiz verzichten, bei 12 Prozent ist dies sogar oft der Fall. Dies zeigt, dass die aktuellen Regelungen wirtschaftliche Aktivitäten einschränken. Dieses einschränkende Regelungsgeflecht widerspricht einem liberalen Wirtschaftsverständnis, zumal die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen zum Beispiel durch Lohnunterschiede zwischen Liechtenstein und der Schweiz sehr gering ist. Wie die Stiftung Zukunft.li erinnert, konnten bis vor einigen Jahren Unternehmen aus Liechtenstein und der Schweiz Dienstleistungen im jeweils anderen Land ungehindert erbringen. Heute ist dies nicht mehr der Fall. Der Grund liegt in der Umsetzung von EU-Vorschriften - dem sogenannten Entsenderecht -, die im Falle von grenzüberschreitenden Dienstleistungen unter anderem Wettbewerbsverzerrungen verhindern sollen. Während Waren aufgrund des Zollvertrags mit der Schweiz die Grenze nach wie vor ungehindert passieren können, schränken Voranmelde- und Bewilligungspflichten den Dienstleistungsverkehr ein und führen zu hohen administrativen Kosten. Weil die Schweiz verschiedene Massnahmen vor Liechtenstein umsetzt, fühlen sich Unternehmen hierzulande gegenüber ihren Mitbewerbern benachteiligt. 2016 kam die Regierung den Forderungen des Gewerbes nach und sorgte durch eine Anpassung an die Schweizer Vorschriften für «gleich lange Spiesse».

Bürokratische Hürden abbauen

«Im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr wenden sowohl Liechtenstein wie die Schweiz seit einigen Jahren EU-Regelungen an, die unter anderem darauf abzielen, dass für die einheimische Wirtschaft keine Wettbewerbsnachteile entstehen. Das mag zwischen Staaten mit stark unterschiedlichen Lohnniveaus und Arbeitsmarktregeln Sinn machen», verdeutlicht Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li, gegenüber dem «Volksblatt». Im Verhältnis zwischen Liechtenstein und der Schweiz und speziell in der Rheintalregion sei die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen allerdings sehr gering. Über Jahrzehnte war dieser Markt hindernisfrei, während heute Unternehmen aus beiden Ländern schon ab einer geringen Anzahl Dienstleistungstage im anderen Land administrativ mühsame Regeln wie Voranmeldungen und Bewilligungen einholen müssen. «Das widerspricht - gerade vor dem geschichtlichen Hintergrund dieser langen Tradition - einem liberalen Wirtschaftsverständnis und verursacht für Unternehmen, Konsumenten und auch für die öffentliche Hand Kosten», so Lorenz. Die kürzlich vorgestellte Studie «Liechtenstein und die Schweiz: Eine gute Freundschaft

«In einem Wirtschaftsraum mit offenen Grenzen darf es nicht dauerhaft zu bürokratischen Barrikaden kommen.»

CHRISTOPH WENAWESER
LANDTAGSABGEORDNETER

in den vergangenen Jahren tatsächlich mehr miteinander reden können. Wie Wenaweser weiter erklärt, stand das Thema seines Wissens nach vor wenigen Wochen auch an einem Gespräch zwischen Wirtschaftsminister Daniel Risch und dem neuen Vorsteher des sankt-gallischen Volkswirtschaftsdepartements, Regierungsrat Beat Tanner, dem früheren Gemeindepräsidenten von Wartau, auf der Tagesordnung. «In einem Wirtschaftsraum mit offe-



Liechtenstein und die Schweiz trennt nur ein Katzensprung. Doch bei den grenzüberschreitenden Dienstleistungen gibt es Hürden. (Foto: SSI)

- auch mit Ecken und Kanten» und insbesondere die im Rahmen der Publikation von der renommierten Rechtsprofessorin Christa Tobler erstellte Studie zu den entsprechenden rechtlichen Fragen sowie der darin skizzierte Lösungsweg haben den Landtagsabgeordneten Christoph Wenaweser bewegt, aktiv zu werden. Auf der anderen Seite des Rheins hat sich der St. Galler Kantonsrat Christian Lippuner aus Buchs des Themas angenommen. «Der Kontakt war schnell hergestellt und bald waren dann auch Christian Eggenberger als Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands Sarganserland Werdenberg und der Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Liechtenstein, Jürgen Nigg, mit am Tisch. Ebenso schnell herrschte Einvernehmen, gemeinsam einen neuen Anlauf im Interesse des Gewerbes auf beiden Seiten des Rheines zu unternehmen», so Wenaweser. Bereits im Rahmen der Aktuellen Stunde im Oktoberlandtag 2018 hatte er gesagt, dass Liechtensteins Aussenpolitik nicht nur die grosse weite schillernde Welt bedeutet, sondern sich zu allererst an Bern, dann an Wien und Berlin, aber auch «so unspektakulär wie wichtig an St. Gallen, Chur und Bregenz zu richten» habe. Das Verhältnis war nie ein schlechtes, aber man hätte

nen Grenzen darf es nicht dauerhaft zu bürokratischen Barrikaden kommen. Die Wirtschaftsverbände und die Politik müssen an beiden Rheinufern am gleichen Strick in die gleiche Richtung ziehen und ich glaube fest, dass das auch so kommt», so Wenaweser. Entschieden würde in Bern und in Vaduz. Wichtig sei aber, dass das Anliegen via St. Galler Kantonsparlament und der St. Galler Regierung nach Bern kommt, dort aufgenommen, verstanden und weiterbearbeitet wird. «Von St. Galler Nationalräten habe ich klare Zeichen, dass sie sich in Bern hinter das Anliegen stellen und in Liechtenstein ist es von Bedeutung, dass auch der künftige Landtag das Thema engagiert begleitet», so Wenaweser.

Koordiniertes Vorgehen nötig

Auch der St. Galler Kantonsrat Christian Lippuner hat erkannt, dass der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr zwischen den beiden Ländern weiterhin mit hohen administrativen Hürden verbunden ist. Für gewisse Branchen sei aufgrund der Voranmelde- und Bewilligungspflichten eine Geschäftstätigkeit auf beiden Rheinseiten kaum mehr möglich. «Das gilt ausdrücklich für Un-

«Unsere gemeinsame Wirtschaftsregion wird durch die formellen Hürden ausgebremst.»

CHRISTIAN LIPPUNER
KANTONS RAT ST. GALLEN

ternehmen auf beiden Rheinseiten. Die Spiesse sind aber viel zu lang und meines Erachtens völlig unnötig», verdeutlicht Christian Lippuner gegenüber dem «Volksblatt». Probleme im Sinne von Missbräuchen im freien Dienstleistungsverkehr zwischen der Schweiz und Liechtenstein seien ihm nicht bekannt. Der Zollvertrag, Doppelbesteuerungsabkommen und viele weitere zwischenstaatliche Vereinbarungen haben zu einem gemeinsamen Wirtschafts-

raum Liechtenstein-St. Gallen geführt, der gerade für die Region Werdenberg von höchster Bedeutung sei. «Unsere gemeinsame Wirtschaftsregion wird durch die formellen Hürden ausgebremst», macht der St. Galler Kantonsrat deutlich. Der Auslöser ist für ihn klar: Die Schweiz

«Diese Argumentation könnte aufgenommen werden, um aus «gleich langen» «gleich kurze» Spiesse zu machen.»

THOMAS LORENZ
STIFTUNG ZUKUNFT.LI

hat aufgrund der ausgehandelten Personalfreiheit mit der EU die Entsende Richtlinien für ausländische Unternehmen angepasst und verschärft. «Die Besonderheiten im Verkehr mit unserem eng und freundschaftlich verbundenen Nachbarn Liechtenstein fanden dabei nicht ausreichend Beachtung. Die Probleme tauchten erst mit der konkreten Umsetzung der verschärften Bestimmungen auf», so Lippuner. Nun müsse vorwärtsgerichtet das Optimum anvisiert werden. «Hierfür ist es tatsächlich wichtig, dass das Land Liechtenstein und der hauptsächlich betroffene Kanton St. Gallen intensive Gespräche führen und auch gemeinsam vorgehen, um eine entsprechende Anpassung des bilateralen

Rahmenvertrags zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein zu erwirken.» Wie Christian Lippuner weiter verdeutlicht, liefert die Studie der Stiftung Zukunft.li eine fundierte Basis für einen weiteren Versuch, die Spiesse wieder zu kürzen und den freien Dienstleistungsverkehr weitmöglichst wieder zu ermöglichen. Die Wirtschaftskammer Liechtenstein und der Arbeitgeberverband Sarganserland Werdenberg hätten diese Studie mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen und unterstützen das Ziel einer liberaleren Lösung. «Zur An-

passung des bilateralen Vertrags zwischen den beiden Ländern müsste meines Erachtens ein erster Impuls vom Land Liechtenstein kommen», so Lippuner. Der Kanton St. Gallen und die St. Galler Bundesparlamentarier könnten dann diesem Liechtensteiner Begehren um Anpassung des Rahmenvertrags Rückenwind verschaffen, könnten sich in Bern einbringen und die besondere Situation

und die Verbundenheit beider Länder in Erinnerung rufen.» Ein koordiniertes Vorgehen erhöhe die Chance auf eine Verkürzung der administrativen Hürden. «Ob es gelingt, wird sich weisen - einen Versuch ist es auf jeden Fall wert», so Lippuner.

Möglichen Spielraum geortet

Doch wie könnte ein möglicher Lösungsweg aussehen? «Wir sind der Frage nachgegangen, ob diese Regeln in Stein gemeisselt sind, oder ob es eben Spielraum gibt, dass Liechtenstein und die Schweiz über bilaterale Vereinbarung davon absehen können. Das von uns in Auftrag gegebene Rechtsgutachten der Basler Europarechtsexpertin Prof. Christa Tobler zeigt, dass dieser Spielraum durchaus vorhanden sein könnte», meint Thomas Lorenz. Gerade im Entwurf zu einem institutionellen Rahmenabkommen habe die EU in diesen Fragen gegenüber der Schweiz eine offenere, veränderte Haltung eingenommen und sich dazu bekannt, dass den Besonderheiten des Schweizer Arbeitsmarktes Rechnung getragen werden muss. «Diese Argumentation könnte im Verhältnis Liechtenstein-Schweiz aufgenommen werden, um aus «gleich langen» «gleich kurze» Spiesse zu machen. Aber: Dazu braucht es den beidseitigen politischen Willen, vor allem in Bern», so Lorenz.